

# BESCHLUSS

---

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 19. Januar 2015

---

Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 19. Januar 2015 beschlossen:

## **Frieden und Stabilität in Europa – Einigkeit des Westens, Dialog mit Russland**

Liberaler verteidigen Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die staatliche Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und der OSZE. Ziel liberaler Außenpolitik bleibt die Stärke des Rechts als Voraussetzung für Frieden und Stabilität.

Deutschland ist und bleibt im Westen verankert und seinen Werten von individueller und kollektiver Freiheit verpflichtet. Es ist eine Lehre der Geschichte, dass diese Werte Wehrhaftigkeit fordern. Zu unserer Tradition gehört genauso das Bemühen um Entspannung und Verständigung mit unserem europäischen Nachbarn Russland, dessen Volk unseren Respekt hat. Auch heute wollen wir mit Russland keine dauerhafte Konfrontation, sondern die Rückkehr zu Verständigung und Kooperation im gemeinsamen "Haus Europa". Neue Formen der zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit sind im gemeinsamen Interesse. Für die globalen Sicherheitsfragen wird Russland ebenfalls benötigt.

Die Voraussetzungen für Kooperation und Partnerschaft sind aber, dass sich das Land wieder in den Rahmen des Völkerrechts begibt. Dann lassen sich auch im russischen Interesse neue Perspektiven eröffnen. Angebliche oder tatsächliche Versäumnisse des Westens stehen in keinem Verhältnis zur aggressiven Politik Russlands. Mit dem Angebot der Aufnahme in die östliche Partnerschaft der EU, dem NATO-Russland-Rat, der Modernisierungspartnerschaft, dem Petersburger Dialog und vielen anderen Angeboten wurden Russland substantielle Kooperations- und Unterstützungsangebote gemacht.

Die Freien Demokraten halten deshalb einen erneuten und erweiterten Dialogprozess mit Russland für erforderlich. Im Einzelnen:

1. Die FDP fordert die russische Regierung auf, ihren Verpflichtungen nachzukommen, die sich aus ihrer Mitgliedschaft in OSZE und Vereinten Nationen ergeben. Russland hat gemäß Art. 24 der UNO-Charta als ständiges Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen eine besondere Verantwortung für Frieden und Sicherheit. Die Intervention auf der Krim und die darauf folgende Annexion verstoßen eindeutig gegen die in der Charta niedergelegten Prinzipien. Anders als im Kosovo war die russischsprachige Bevölkerungsmehrheit auf der Krim keiner gewaltsamen Repression ausgesetzt, gegen die als letztes Mittel die Abspaltung zulässig ist.

2. Wir erinnern Russland eindringlich an seine Verpflichtung aus dem Budapester Abkommen von 1994, im Gegenzug für die freiwillige Überlassung der ukrainischen Nuklearwaffen die territoriale Unversehrtheit der Ukraine zu garantieren.
3. Das derzeitige Verhalten der russischen Führung stellt ihr Bekenntnis zum Völkerrecht in Frage. Daher steht für die FDP auch eine Lockerung der Sanktionen derzeit nicht auf der Tagesordnung. Die Sanktionen sind aber ausdrücklich kein Selbstzweck. Sie sind Ausdruck unserer dringenden Erwartung, dass Russland sich wieder als verlässlicher Partner in die europäische und internationale Friedensordnung eingliedert.
4. Für die FDP ist die Sanktionspolitik nicht gleichbedeutend mit einer Abkehr von der russischen Bevölkerung. Deshalb setzt sich die FDP für die Aufhebung der Visumspflicht für russische Studentinnen und Studenten, die Ausweitung russischsprachiger Medienangebote und die Förderung von Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen vor Ort ein. Wir unterstützen ausdrücklich alle Anstrengungen der russischen Zivilgesellschaft, etwa unserer liberalen Freunde bei Jabloko, zum Aufbau einer demokratischen Gesellschaft. Wir strecken die Hand für neue Formen der zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit aus, die in beiderseitigem Interesse sind.
5. Russland und Deutschland bleiben durch gemeinsame Interessen bei der Lösung globaler Herausforderungen wie des Terrorismus, der Schaffung von Stabilität in Afghanistan und Zentralasien oder globaler Umweltveränderungen verbunden. Daher müssen alle Möglichkeiten für bilaterale Gespräche genutzt werden, darunter auch im Rahmen eines reformierten Petersburger Dialogs.
6. Für eine stabile und Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa ist die Mitarbeit Russlands unabdingbar. Es geht um die strategische Gestaltung langfristiger, nachhaltiger Beziehungen. Die Sicherheit Deutschlands, Europas und der USA wird substantiell verbessert, wenn Russland bei Gestaltung, Reform und Weiterentwicklung der Systeme kollektiver Sicherheit eng eingebunden wird und konstruktiv mitarbeitet. Die FDP begrüßt daher den erweiterten Dialog mit Russland im Rahmen der OSZE, in dem es der russischen Regierung zunächst obliegt, ihre Vorstellungen darzulegen und zu begründen. Präsident Putin sprach von der Alternative „Neue Regeln oder keine Regeln“. Wir fragen: Welche Regeln will Russland? Für die FDP bleiben die Charta der Vereinten Nationen und das Völkerrecht grundlegend für die Gestaltung der internationalen Beziehungen.
7. Die FDP begrüßt Russlands erklärtes Interesse an verstärkten Wirtschaftsbeziehungen. Einem Freihandels- und Investitionsabkommen von Vancouver bis Wladiwostok steht aus liberaler Sicht nichts im Wege, dieses wurde bereits in den neunziger Jahren diskutiert. Der Vorschlag einer Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok dagegen ist unzureichend. Mit dem Abschluss von CETA und einem möglichen Freihandels- und Investitionsabkommen mit den USA bietet sich in einem nächsten Schritt vielmehr die Chance für engere wirtschaftliche Zusammenarbeit auf der ganzen Nordhalbkugel.
8. Die FDP unterstützt die ukrainische Bevölkerung in ihrem Streben nach Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Menschen in der Ukraine verdienen eine Aussicht auf Entwicklung, Stabilität, Sicherheit, Wohlstand und Frieden. Die politische

und wirtschaftliche Stabilisierung der Ukraine setzt demokratische Wahlen, eine funktionierende Marktwirtschaft, die Unabhängigkeit der Justiz, Investitionen in Infrastruktur und Wirtschaftswachstum voraus. Die EU sollte die Öffnung der europäischen Märkte für die Ukraine noch entschlossener als bisher vorantreiben. Die FDP begrüßt die Abschaffung des Visumszwanges für Ukrainer ab Mai 2015.

9. Für Frieden und Sicherheit in Europa ist die NATO nach wie vor unentbehrlich. Die Einrichtung einer schnellen Eingreiftruppe ist ein Signal der Solidarität an unsere Partner in Polen und dem Baltikum. Russische Drohgebärden gegenüber NATO-Mitgliedern wie Estland und Portugal oder EU-Mitgliedsstaaten wie Schweden und Finnland sind ein Rückfall, den wir nicht akzeptieren.
10. Deutschland und Europa müssen mehr für ihre Sicherheit tun. Dass die USA 75 Prozent der NATO-Verteidigungskosten tragen, ist auf Dauer nicht haltbar. Die EU hat derzeit keine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die diesen Namen verdient, zumal gerade die im Prinzip schon vereinbarte Bündelung und gemeinsame Nutzung von Fähigkeiten trotz schwieriger Haushaltslage zu langsam voran kommt. Die FDP setzt sich deshalb dafür ein, dass mehr EU-Staaten in der Außen- und Sicherheitspolitik eng zusammenarbeiten. Nach Meinung der FDP muss das nicht in jedem Fall im Rahmen der Verträge erfolgen, sondern kann auch zwischen einzelnen Staaten vereinbart werden, wenn Fähigkeiten und Sicherheit der beteiligten Länder dadurch erhöht und ihre Haushalte entlastet werden.